

Das Kapital und Faschismus 1936 bis 1939 – Sozialpolitik, Aufrüstung und Krieg

Aspekte zu den gesellschaftlichen Folgen der kapitalfaschistischen Aufrüstung.

Hitler vor dem Generalrat der Wirtschaft am 20. September 1933: „Das Volk wird dann nämlich der Faktor sein, das in ganz blindem Vertrauen an uns glaubt und wird auch nicht auf den Gedanken kommen, dass, wenn wirklich ein sichtbarer Fehler gemacht wird, das irgendwelche Folgen haben muss, sondern das Volk wird wie eine gute Armee eine Niederlage auf den Buckel nehmen und wird sagen, wir wollen nächstens wieder angreifen und wollen es mit Zinseszins den Gegnern wieder zurückzahlen. Diese Gesinnung braucht man, um aus einer solchen grauenhaften Situation herauszukommen. Sonst kommt man nicht heraus.

Man muss ein Volk dazu erziehen, dass es durch Dick und Dünn mit seiner Regierung marschiert und dass es sich mit seiner Regierung absolut verbunden fühlt, ein Volk in das man die ganzen Momente psychologischer Art sofort hineingeben kann, das man aufputschen kann, das man begeistern kann und das man mitreißen kann. Wenn das nicht möglich ist, sind alle Maßnahmen vergeblich, muss man kapitulieren.“

[Vgl. BA Koblenz, R. 43 II, Bd. 321/1.]

Die drei Jahre nach der Verkündung des 2. Vierjahresplans im September 1936 standen im Zeichen noch weiter gesteigerter Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Die Sozialgeschichte dieser Zeit erscheint als eine nur sekundäre Begleiterscheinung der Wirtschafts- und Militärpolitik. Arbeitskräftemangel, steigende Löhne, sinkende Arbeitsdisziplin, angestaute Inflation, wirtschaftliche Engpässe sowie die hieraus entstehenden Kompetenz- und Richtungskämpfe im Staat, in der Verwaltung, in der Industrie und in der NSDAP sind zunächst als unausbleibliche Folgen des forcierten Rüstungsprogramms zu verstehen.

Die Leistungen auf dem Gebiet der Aufrüstung waren beträchtlich. **Die staatlichen Rüstungsausgaben stiegen von 6 Milliarden RM im Jahre 1935 auf rund 30 Milliarden RM im Jahre 1939. Das Bruttosozialprodukt verzeichnete ein Anwachsen von 74 auf 130 Mrd. RM; der Anteil der Rüstungsausgaben betrug 1935 8 %, im Jahr des Kriegsbeginns rund 23 %. -**

Die gewaltige Erhöhung der Rüstungsausgaben und anderer öffentlicher Ausgaben wurde nur zu etwa zwei Dritteln durch vermehrte Steuereinnahmen gedeckt: Von 1935 bis 1938 verdoppelte sich die Schuld der Reichsregierung auf fast 42 Milliarden RM. Ein zunehmender Teil der Ausgaben kam den industriellen Investitionen zugute. Zwischen 1935 und 1939 wurden die Investitionen in den Produktionsgüterindustrien verdreifacht. Nach dem Herbst 1936 fiel etwa die Hälfte aller industriellen Anlage-Investitionen in den Bereich der durch den Vierjahresplan kontrollierten rüstungswichtigen Wirtschaftszweige. -

Im gleichen Zeitraum sank der Anteil des Konsums am Bruttosozialprodukt von 72 % (1935) auf 54 % (1939).

Kriegsproduktion und Erfolgsrahmen?

Die deutsche Wehrmacht verfügte bei Kriegsbeginn über 103 Heeresdivisionen, davon fünf volle und vier leichte Panzerdivisionen (3200 Panzer), über 3646 einsatzbereite Flugzeuge und eine Flotte von 57 U-Booten, 22 Zerstörer, neun Kreuzern und sechs Panzerkreuzern. **Der Ausbau der deutschen Streitkräfte, deren Stärke die aller übrigen Staaten bei Kriegsbeginn übertraf (die britische Marine ausgenommen), erfolgte vorwiegend in den**

Jahren 1935 bis 1939.

So sehr diese Jahre von der forcierten Aufrüstung geprägt waren, **so entsprach der Stand der Aufrüstung in den letzten Monaten des Jahres 1939 keineswegs den strategischen Anforderungen. Selbst für die sogenannte Blitzkriegsstrategie reichte Deutschlands wehrwirtschaftliche Basis nicht aus.** Noch klarer als im Blick auf die schmalen Vorräte an kriegswichtigen Rohstoffen tritt dies bei einer Betrachtung der Ausrüstung des Heeres hervor: Nach dem kurzen Feldzug gegen Polen waren die Lücken in den Munitions- und Kraftfahrzeugbeständen so groß, dass weitere nennenswerte Kampfhandlungen monatelang ausgeschlossen waren. -

Am 8. Oktober 1939 gab der Generalquartiermeister bekannt, das Heer verfüge gerade über Munition genug, um ein Drittel der Divisionen für Kampfhandlungen von maximal vier Wochen auszurüsten; die Bombenvorräte der Luftwaffe waren minimal; Ersatz für die im Überfall auf Polen zerstörten und Ersatzteile für die beschädigten Panzer, Lastkraftwagen und Flugzeuge waren außerordentlich schwer zu beschaffen; nur durch Entnahme von 16 000 Lastkraftwagen aus der Industrie und die Erbeutung von 10 000 Lkw aus dem Protektorat Böhmen ließ sich bis Mitte April 1940 die volle Funktionsfähigkeit bei den motorisierten Verbänden wiederherstellen; Gummi und Treibstoff waren äußerst knapp, dennoch wurde der Ausbau der Anlagen für ihre systematische Herstellung am 3. Februar 1940 eingeschränkt, damit alle verfügbaren Kapazitäten für die Munitionsherstellung freigestellt werden konnten.

Die Erfolge der ersten beiden Kriegsjahre hatten andere Gründe als eine vermeintliche Überlegenheit deutscher Wehrwirtschaftspolitik. Hier spielten die fehlende Einigkeit, die militärische und politische Schwäche der anderen Weltmächte die entscheidende Rolle, außerdem die überlegene Taktik der deutschen Kampfverbände und, vor allem, die Bereitschaft des kapitalfaschistischen Herrschaftssystems, das Leben und die Gesundheit der werktätigen Bevölkerung bedenkenlos und bis zum äußersten einzusetzen. / Bereits ab Mitte 1938 waren alle Beteiligten in Staatsapparat und Industrie vom Ausmaß des Aufrüstungsprogramms überfordert. Der lückenhafte Stand der Aufrüstung zu Kriegsbeginn wurde überhaupt nur unter Anspannung aller Kraftreserven erreicht. / Eine politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise bahnte sich an.

Zu den „gegebenen Umständen“, die den Erfolgsrahmen einer an der Aufrüstung orientierten Wirtschaftspolitik eingrenzen, zählte an erster Stelle der unvollkommene *innere Sieg* des Kapitalfaschismus (sog. „Nationalsozialismus“). Wie die Akten bezeugen, stellten die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Jahren 1937–1939 die größte Barriere gegen eine weitere Steigerung der Rüstungsproduktion dar. -

Die Vollbeschäftigung und ihre Auswirkungen stellten den inneren Sieg in Frage. Es wurde zunehmend schwieriger, den erforderlichen Anteil des Sozialprodukts, der Rohstoffreserven, der Industriekapazitäten und der arbeitenden Bevölkerung der Aufrüstung zuzuordnen. Die Unterordnung der Innenpolitik unter die Außenpolitik und die Strategie war im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik *gerade durch die Aufrüstung* gefährdet. Die Maßnahmen zur Einschränkung des Konsums und zur „Bewirtschaftung“ von Arbeitskräften standen die Bemühungen der Herrschenden um das Wohlwollen der Beherrschten entgegen. **Es war eine Krisenspirale ohne Ende.** Die internationale Konfrontation nach dem März 1938 erhöhte noch den Bedarf der Wirtschaft und der Wehrmacht an Arbeitskräften und verschärfte somit die Frage nach der politischen Zuverlässigkeit der deutschen Arbeiterklasse.

Von August 1937 bis August 1939 stieg die Zahl der Beschäftigten von 19,66 auf 21,65 Millionen, während die Arbeitslosigkeit von einer halben Million auf 34 000 absank [*Stat. Jahrbuch 1939/40*, S. 374, 389.]. Im Herbst 1938 hatte die Zahl der Beschäftigten eine noch nie dagewesene Höhe erreicht, trotz der Einberufung von fast einer Million zum Wehrdienst. Schon im Mai 1938 gab es keine Reserven mehr unter den gemeldeten Arbeitslosen. In den entscheidenden Mangelberufen – in der Bau- und Landwirtschaft sowie in der Metallindustrie – gab es keine verfügbaren Arbeitslosen mehr. **Reserven waren unter den nicht berufstätigen**

Frauen vorhanden, sodann in den Branchen, nach der damaligen Amtssprache, die weder kriegs- noch lebenswichtig waren. Im November 1938 schätzte der Reichsarbeitsminister den ungedeckten Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften auf rund eine Million.

Produktionsstockungen nahmen im Kontext der Expansionsstrategie dieser Jahre ein krisenhaftes Ausmaß an. In dieser Zeit, in der die kapitalfaschistische Politik auf den Krieg hinlenkte, konnte die Industrie die ständig steigenden Anforderungen der Wehrmacht nicht mehr voll decken. Die Krise trat in Form eines sich rapide ausweitenden Missverhältnisses zwischen den unaufschiebbaren Zielen (der militärischen Expansion) und den begrenzt vorhandenen Mitteln zu ihrer Verwirklichung (Reserven aller Produktionsfaktoren) in Erscheinung. -

Ein Beispiel von Produktionsstockungen aus Mangel an Arbeitskräften bietet der Steinkohlebergbau. Die Förderung übertraf zwar die Planziele, aber vermochte dennoch nicht den in die Höhe schnellenden Bedarf zu decken. Die Folgen waren Kürzungen im Export im Jahre 1939, zu einem Zeitpunkt, als die Devisenlage wieder kritisch zu werden drohte, ferner auch **Kürzungen bei der Belieferung der Reichsbahn**, deren Reserven unter dem für den Kriegsfall vorgeschriebenen Stand lagen, und **ab Winter 1938/39 ein Mangel an Hausbrandkohlen** (z. T. durch **Transportschwierigkeiten bedingt: Mangel an Waggons**). Zu einem geringeren Teil waren die Produktionsstockungen auf andere Faktoren zurückzuführen: **Mangel an Eisen und Stahl für Abbaumaschinen, Reparaturen, Waggons, Stahlrahmen für die Gruben usw.** Bei der anhaltenden Überbeschäftigung war es schwierig, zusätzlich Arbeiter für diesen harten und traditionellen Beruf zu gewinnen. Auch machte sich die **Verschlechterung der Arbeitsmoral** bei den Belegschaften bemerkbar. Die durchschnittliche Förderung pro Kopf sank in den letzten Vorkriegsjahren um 10 bis 15 %. Die Einführung von verlängerten Arbeitsschichten mit hohen Überstundenzuschlägen im Frühjahr 1939 bewirkte nur eine partielle und kurzfristige Besserung.

In allen technisch hochentwickelten Industrien sowie in allen, die von Zulieferungen von Halbfabrikaten abhängig waren, spielten auch liquides Kapital und importierte Rohstoffe eine wesentliche Rolle. Die Tatsache, dass **die Produktionsziele** trotz zusätzlichem Druck des Krieges **bis 1940 bzw. 1942 für nur sechs von 26 rüstungswichtigen Produkten erreicht** wurden, war zu einem großen Teil dem **Mangel an Arbeitskräften** zuzuschreiben. So fehlten z. B. im Sommer 1939 bei einigen mitteldeutschen Munitionsbetrieben, deren Aufgaben absoluten Vorrang hatten, insgesamt 3000 Arbeiter. Selbst die Auskämmung von Betrieben mit Exportaufträgen, verbunden mit der Anwendung der Dienstpflichtverordnung, lieferte nur 2000 Arbeitskräfte. Im August 1939 meldete der Generalbevollmächtigte Krauch einen ungedeckten Bedarf von 13 000 Bauarbeitern, eine Zahl, die er in der ersten Kriegswoche auf 40 000 heraufsetzte. Im April 1940 waren in der chemischen Industrie 4000 Stellen für technische Angestellte und Facharbeiter unbesetzt. Trotz der **Manipulation der Bedarfszahlen** nach oben, **die Mangellage war umfassend und akut.** Ein Beispiel aus der Flugzeugindustrie: **Kurz nach Kriegsbeginn meldete die Luftwaffe einen Bedarf an 2600 Ingenieuren**; dem Reichsarbeitsministerium erschien diese Forderung zu hoch, und nach Überprüfung wurde die Zahl der zu besetzenden Ingenieurstellen auf 1500 geschätzt. **153 Ingenieure wurden der Luftwaffe bis Mai 1940 vom RAM tatsächlich zugewiesen.**

Die Situation war auf allen Sektoren der Wirtschaft ähnlich. In der Bauindustrie war sie besonders angespannt. **Der forcierte Bau des Westwalls (1938) zog wegen des dadurch verschärften Mangels an Arbeitern und Baustoffen einen generellen Stopp im Wohnungsbau nach sich**, der wiederum die Unterbringung von Arbeitern bei den neuen Produktionsstätten des Vierjahresplans und der Wehrmacht erschwerte. **Im April 1939 fehlten allein im Arbeitsamtsbezirk Hannover, wo sich Schlüsselprojekte im Aufbau befanden, 100 000 Arbeiter**, die Hälfte davon in der Bauwirtschaft. Dem Generalbaurat von München ist es erst im Juni 1939 gelungen, ein Drittel der von ihm angeforderten 30 000 Bauarbeiter herbeizuschaffen. Die Bauindustrie befand sich zudem in der absurden Situation, dass sie – auf Grund der höheren Löhne – viele ihrer zusätzlichen Arbeitskräfte aus den Baustoffindustrien gewann; die Folgen waren Verzögerungen in der Belieferung der Baustellen mit Ziegelsteinen, Zement und Holz – wegen des eintretenden Arbeitskräftemangels in diesen Branchen. **Die**

Engpässe führten oft zu einer Kettenreaktion.

Seit dem Sommer des Jahres 1938 häuften sich die Beschwerden einzelner Industrieller über die Gefährdung devisenbringender Exportaufträge durch den Arbeitskräftemangel bzw. durch die notwendig gewordenen Lohnerhöhungen.

Im Herbst 1938 war die Grenze erreicht, wo der Bedarf an Metallarbeitern das Angebot anhaltend zu übersteigen begann. Das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage griff auch auf diesen Wirtschaftszweig über. Ferner muss berücksichtigt werden, dass die **Rohstoffversorgung der metallverarbeitenden Industrien bis 1938 ungesichert** blieb. Es traten häufig Produktionsstockungen und Kurzarbeit ein.

Facharbeitermangel

Der Arbeitskräftemangel in der Eisen- und Metallindustrie war vor allem eine *Facharbeiterfrage*, da bei hochentwickelten Produktionsverfahren in mehreren Branchen bis zu 60 % der Beschäftigten voll ausgebildet sein mussten. Der Mangel an Facharbeitern trat bereits zu Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs in Erscheinung.

Da im Sommer 1938 der Ausbau aller drei Streitkräfte gleichzeitig forciert zu werden begann, weiteten sich die zahlreichen lokalen Engpässe sogleich zu einer bedrohlichen allgemeinen Krise aus. Bis August 1939 hatte sich die Lage so weit zugespitzt, dass allein in Berlin 25 000 Arbeitsplätze in den Branchen der Eisen- und Metallindustrie unbesetzt waren. In Berlin wie auch in anderen Teilen Deutschlands sahen sich Rüstungsfirmen gezwungen, wegen des Arbeitskräftemangels *Aufträge der Wehrmacht abzulehnen* [Drei Fälle in Berlin im Mai 1939, drei in Dresden in den Monaten Mai bis August, einer in Stuttgart im Juni: *BA/MA Freiburg*, WO 1–8, Bd. 282, 283; *ebda*, WilF 5, Bd. 176.].

Die Lage in Berlin mochte besonders kritisch sein – sie war jedoch nicht untypisch. An ihr lassen sich die Schwierigkeiten erkennen, die die Planungen für den Kriegsfall auf diesem Wirtschaftssektor illusorisch machen mussten. Zum einen bestand die Absicht, Metallarbeiter, die den Ersatz für im Kriegsfall einberufenen Rüstungsarbeiter bilden sollten, schon vorher in den entsprechenden Arbeitsvorgängen zu schulen. Zum anderen hatte man die Notwendigkeit erkannt, sogleich nach Eintreten der Kriegshandlungen in der Rüstungsindustrie eine weitere (Arbeits- und Produktions-) Schicht einzuführen. Beide Planungen setzten **eine disponible Reserve an** (auch qualifizierten) **Arbeitskräften** voraus, **die vor Kriegsbeginn 1939 gar nicht vorhanden war**. Nach den ersten Kriegswochen mussten die Behörden eine „**Auskämmungsaktion**“ in der gesamten Metallbranche durchführen, um den möglichst sparsamen und effektiven Einsatz der vorhandenen Arbeitskräfte zu erzwingen. Aber selbst damit ließ sich nur das Minimum der militärischen Forderungen sicherstellen.

Bei den Behörden ging täglich eine Flut widersprüchlicher Bedarfsmeldungen ein. **Arbeitsämter mussten Metallarbeiter zwischen den verschiedenen Rüstungsfirmen hin- und herschieben**. Als der Präsident des Landesarbeitsamtes Brandenburg im Frühjahr 1939 feststellen musste, dass zahlreiche Baufacharbeiter in die Metallindustrie abgewandert waren, sah er sich in eine ausweglose Lage versetzt, da diese Arbeitskräfte in beiden Industriezweigen gleichermaßen benötigt wurden. **Einige Firmen griffen zu Formen der Selbsthilfe. Wenn ihre Bemühungen um Facharbeiter scheiterten, zahlten sie Bestechungsgelder**, um dadurch sicherzustellen, dass die betreffenden Arbeiter in ihren alten Betrieb zurückkehren würden.

Staatliche Verwaltung

Die Zahl der in der öffentlichen Verwaltung insgesamt Beschäftigten nahm zwar nach 1933 rasch zu, doch hielt diese Expansion nicht Schritt mit der enormen Erweiterung der Verwaltungsaufgaben, die der Aufbau der kapitalfaschistischen Diktatur mit sich brachte. Für

alle Sparten des öffentlichen Dienstes waren Ende der 1930er Jahre die vergleichbaren Verdienste in der Privatwirtschaft besser. Gehaltserhöhungen waren geringfügig; es fehlte an Nachwuchs. Im August 1939 machte der Reichspostminister den Reichsarbeitsminister auf die Notlage des Telefondienstes aufmerksam, dessen Funktionsfähigkeit auch im Kriegsfall von größter Bedeutung war. Die terroristische Diktatur sah sich genötigt, die Reduzierung der Ordnungspolizei von 170 000 auf 100 000 vorzubereiten. Es ist aber unwahrscheinlich, dass dieser Erlass Hitlers vom 18. Mai 1939 ausgeführt wurde, denn alle ähnlichen Bestrebungen, den Verwaltungsapparat aus Gründen der Personalsparnis zu vereinfachen, waren vor Kriegsbeginn zum Scheitern verurteilt. **Und über alle Dienststellen warfen die Forderungen der Wehrmacht ihre dunklen Schatten. Zu Kriegsbeginn wurden allein aus den kriegs- und lebenswichtigen Betrieben innerhalb von 12 Tagen 640 000 Arbeiter zum Wehrdienst einberufen. Im März 1940, zu einem Zeitpunkt, da sich der ungedeckte Bedarf der Industrie allein für dringende Rüstungsaufträge auf 500 000 Arbeiter belief, erhöhte die Wehrmacht ihre Anforderungen für die Truppe für die nächsten 6 Monate um 750 000 Mann.**

Landwirtschaft, Landflucht und Lebensmittelversorgung

In der Landwirtschaft feierte man zwar 1938 eine einmalig gute Getreideernte, doch bestand der entscheidende Engpass in der Lebensmittelversorgung bei den Molkereiprodukten, bei Gemüse und Obst und bei Lebensmitteln, die gegen Devisen eingeführt werden mussten [Erzeugungsstatistik: *Stat. Handbuch*, S. 124 f., 190-193, 215; Einfuhr: S. 414 ff.]. Die rückläufige Produktion und die erhöhte Einfuhr im Jahre 1938 war vor allem auf den Arbeitskräftemangel zurückzuführen. **Von besondere Bedeutung war die Landflucht der lohnabhängigen** (nicht zur Bauernfamilie gehörenden) **männlichen Landarbeiter**, deren Zahl von 2,5 auf 2,1 Millionen (= 16 %) sank. Die rückläufige Gesamttendenz drückt sich in der Tatsache aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft um 1,4 Millionen auf 12,26 Mill. zurückging. -

Abwanderungsverbote und ideologische Werbung blieben ohne Erfolg. Die Anziehungskraft der Industrie auf die ländliche Bevölkerung verstärkte sich in dem Maße, wie die Löhne in der Industrie anstiegen und sich die Preisschere zwischen Landwirtschaft und Industrie zu öffnen begann. Die Verschuldung der Bauern drohte wieder überhandzunehmen, und sie waren nicht in der Lage, Löhne und Arbeitsbedingungen anzubieten, die mit denen in der Industrie konkurrieren konnten. **Detaillierte Beschreibungen von Dörfern, wo sich die Bauern gezwungen sahen, ihre Milchkühe dem Schlachter zu verkaufen, die Bauernfrauen unter der Arbeitslast zusammenbrachen, während Bauernsöhne und Landarbeiter sich bemühten, in der Industrie unterzukommen, häuften sich in der Reichskanzlei. Das Problem wurde nicht geleugnet. Der Reichsarbeitsminister schätzte den ungedeckten Bedarf der Landwirtschaft im April 1938 auf 250 000 Arbeitskräfte.** Er sah aber keine andere Lösung als die verschärfte Form der Genehmigungspflicht für den Arbeitsplatzwechsel von Landarbeitern (15. März 1938).

Die Industrie konnte ohne die Landflucht nicht auskommen. Die Landwirtschaft musste für die Lösung ihres Arbeitskräfteproblems auf Hunderttausende von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, d. h. auf den Krieg warten.

Nach Beendigung des Überfalls auf Polen wollte die Reichsregierung deutsche Schulkinder für die Einbringung der Ernte verpflichten. Neben den Gefangenen konnten dann aber mehrere Heeresdivisionen für diese Aufgabe freigestellt werden, weil sie in jenen Wochen an keiner Front benötigt wurden.

Mangelware Arbeitskraft – Lohn- und Preisentwicklung

Dieser Arbeitskräftemangel wirkte sich also unmittelbar als ein hemmender Faktor bei der

forcierten Aufrüstung aus. Viele der Engpässe und ungelösten Aufgaben, die das Hauptmerkmal der Wehrmachtsausrüstung bis Mitte 1940 und auch danach bildeten, waren auf die Tatsache zurückzuführen, dass die deutsche Industrie nicht über genügend Reserven an (vor allem qualifizierten) Arbeitskräften verfügte. Darüber hinaus findet man bestätigt, dass die Folgen der Überbeschäftigung den Hemmeffekt noch verstärkten. Hier sind die **Lohnsteigerungen** zu nennen, die zum Teil durch improvisierte Aktionen der Arbeiter durchgesetzt, zum Teil aber **auch von den Unternehmern „freiwillig“ angeboten wurden**, da auf anderem Wege Arbeitskräfte nicht zu bekommen waren. **Der Arbeitskräftemangel hatte bis 1938 die gesamte Wirtschaft erfasst.** Die Unternehmer und ihre Regierung standen dieser Situation ziemlich ratlos gegenüber. Die Lohnsteigerungen waren in der Rüstungsindustrie am größten, was zu Preissteigerungen führte. Die Kaufkraft der Wehrmacht wurde geschwächt.

Zwischen Dezember 1935 und Juni 1939 stieg der durchschnittliche Stundenlohn in der Industrie um 10,9 % an; etwas über diesem Durchschnitt lagen die Lohnsteigerungen im Produktionsgütersektor (11,3 %) und **für gelernte und angelernte Arbeitskräfte (11,7 %)**, etwas darunter die Steigerungen für alle anderen Arbeitergruppen. **Ein Teil dieser Verdiensterhöhung war der verlängerten Arbeitszeit zuzuschreiben. Um den durchschnittlichen Stundenverdienst zu errechnen, wurden die Überstundenzuschläge auf die gesamte Arbeitszeit verteilt. Die Wochenlöhne stiegen im selben Zeitraum [einschließlich der Verlängerung der Arbeitszeit] im Gesamtdurchschnitt um 17,4 % an.** Dabei noch stärker in den Konsumgüter- als in den Produktionsgüterindustrien (20,7 % gegenüber 16,8 %).

Lohntüte eines (deutschen) Arbeiters und Lebenshaltungskosten

Im Durchschnitt enthielt die Lohntüte eines (deutschen) Arbeiters im Jahre 1939 5,80 RM mehr als 1936, die einer (deutschen) Arbeiterin 2,50 RM mehr. Hierdurch erhöhte sich die Konsumkraft der arbeitenden (deutschen) Bevölkerung (Selbständige u. ä. ausgenommen) um rund 85 Millionen RM pro Woche und erhöhte sich um weitere 115 bis 120 Mill. RM pro Woche als Folge der steigenden Beschäftigungszahlen.

Angesichts der Berichte, erscheint die Annahme berechtigt, dass die Mieten und Lebensmittelpreise nach 1936 eher nach oben tendierten. Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten von 1936 bis 1939 kann auf 4 % geschätzt werden. Zusammen mit der parallelen Berechnung für die vorangegangenen Jahre erlaubt diese Schätzung den Schluss, dass die Indexziffer für Lebenshaltungskosten zu Kriegsbeginn bei 113/114 lag, das heißt um 10 % höher war, als die NS-Regierung vorgab. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass diese Ziffer noch immer gut 12 % *unter dem Stand von 1929* lag. Trotz der Senkung des Preisniveaus waren im Jahre 1938 die Ausgaben für den privaten Konsum (im „Altreich“) insgesamt fast so hoch wie im letzten Jahr vor der Weltwirtschaftskrise. Dem stand die Tatsache gegenüber, dass die Bevölkerung um 3,8 Millionen zugenommen hatte (knapp 6 %), so dass die Konsumausgaben breiter verteilt waren. Diese Veränderung hob jedoch den realen Zuwachs an Wohlstand keineswegs auf. / Der reale Wochenverdienst zahlreicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den Konsumgüterindustrien lag noch 1939 erheblich unter dem Stand von 1929. Jedoch in allen Branchen der Eisen- und Metallindustrie, in der Bauwirtschaft, im Bergbau und in kleineren Zweigen der gewerblichen Wirtschaft hatte der durchschnittliche reale Wochenverdienst stark angezogen und vor Kriegsbeginn den bisher jeweils höchsten Stand deutlich übertroffen – wobei **die Verlängerung der Arbeitszeit um drei bis vier Stunden pro Woche** von großer Bedeutung war. Zweifellos standen die meisten Deutschen, einschließlich der meisten Industriearbeiter, 1939 materiell nicht schlechter da als Ende der zwanziger Jahre.

Es ist dem kapitalfaschistischen Regime eindeutig gelungen, im Interesse der Aufrüstung eine Intensivierung der wirtschaftlichen Ausbeutung zu erreichen, für die es keinen Vergleich in den dreißiger Jahren gibt. Doch den kapitalfaschistischen Machthabern wurde in den Jahren 1937 bis 1939 immer deutlicher, dass die bis dahin erreichte Drosselung des Konsums keineswegs ausreichte, um die Verwirklichung des strategisch notwendigen Rüstungsprogramms zu gewährleisten. **Die Größenordnung der vorhandenen Kaufkraft schuf eine Nachfrage nach**

Konsumgütern, die die Rüstungspläne zu beeinträchtigen drohte: „{...} mit Radioapparaten, Staubsaugern und Küchengeräten werden wir England niemals besiegen können“, stellte General Thomas im November 1939 vor Mitgliedern der Reichsgruppe Industrie erbittert fest.

Analysiert man die Verbraucherstatistik und stellt sie dem Aufrüstungsprogramm gegenüber, so werden die Gründe für General Thomas' Unbehagen erkennbar. Für Nahrungs- und Genussmittel lag 1938/39 der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung (fast ausnahmslos) höher als im Jahre 1930. Allein beim Konsum von Geflügel, Eiern, Trinkmilch, Margarine, Südfrüchten und Bier war der Stand von 1930 nicht erreicht. Der Tabak- und Alkoholverbrauch war wieder steil angestiegen. In nahezu jeder Branche des Groß- und des Einzelhandels lagen die Umsätze 1938/39 erheblich über dem Stand von 1928/1930. Insgesamt übertraf der steuerpflichtige Gesamtumsatz des deutschen Handels schon 1937 die bisherigen Höchstzahlen und stieg bis Kriegsbeginn noch weiter an. -

Für die Wehrmacht und Industrie bedeutete dies **eine unwillkommene Belastung der schmalen Devisenreserven, die für die Einfuhr kriegswichtiger Rohstoffe dringend benötigt wurden.** Die ernährungswirtschaftlichen Einfuhren erreichten zwar in ihrem Wert und Volumen nicht den Stand von 1928/29, aber die Aufwärtstendenz war unverkennbar. Der Wert dieser Einfuhren (zu den jeweiligen Preisen) lag 1935 bei 1,44 Milliarden RM, 1938 bereits bei 2,39 Mrd. RM. Der Anteil der Ernährungswirtschaft an der Gesamteinfuhr stieg im selben Zeitraum von 34,5 % auf 39,5 %. Unter den importierten Gütern befanden sich (damalige) Luxusgüter wie Rohtabak, Kaffee, Kakao, deren Einfuhr 1938/39 sowohl absolut als auch anteilmäßig erheblich über dem Stand von 1929 lag.

Der Konsum machte den Militärs auch Arbeitskräfte streitig. Der steigende Lebensstandard gab allen entsprechenden Branchen der Industrie neuen Auftrieb. Die erhöhte Nachfrage hatte verlängerte Arbeitszeiten zur Folge, die – auch wenn sie das Lohngefälle zwischen den beiden Sektoren nicht ausglich – der Sogwirkung des Rüstungssektors auf die Arbeiter Grenzen setzte. / **Dem Arbeitskräftemangel in der Rüstungsindustrie stand ein stabiler Anteil (am Arbeitskräftemangel) der Konsumgüterindustrie gegenüber.** -

Der Arbeitskräftemangel war bis 1938 so umfassend geworden, dass er sich fast gleichermaßen scharf in der Textilindustrie wie in der Bauwirtschaft oder der chemischen Industrie auswirkte. 1938 waren auch diese Arbeiter in der Lage, Forderungen auf eigene Faust durchzusetzen, wie es schon seit Herbst 1936 in der Schwerindustrie üblich geworden war. **Selbst Berufsgruppen, die keine Tradition gewerkschaftlicher Militanz besaßen, wie etwa Friseure und Verkaufspersonal, machten ihre sozialpolitischen Ansprüche geltend. Eine spontane Bewegung für den früheren Ladenschluss am Samstag bereitete den Ladenbesitzern, der Arbeitsfront und der Regierung gleichermaßen Kopfzerbrechen. Die Lage der auf dem Konsumgütersektor Beschäftigten wurde aufgrund der steigenden Verdienste und des größeren Aktionsspielraums erträglicher, denn auch sie waren unersetzlich geworden.** / Die Rüstungsindustrie gewann ihre zusätzlichen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, die sie am allerwenigsten entbehren konnte.

Die Überlastung der wirtschaftlichen Reserven und Kapazitäten, die bis Kriegsbeginn für die Kriegsvorbereitungen mobilisiert worden waren, war derart und so schnell gekommen, dass die Wirtschaftsstruktur nur in geringem Maße an die laufenden und bevorstehenden Aufgaben angepasst worden war. Es fand zwar ein Konzentrationsprozess statt: die Zahl der Betriebe mit über 200 Beschäftigten verdoppelte sich zwischen 1933 und 1939, und **Großbetriebe zählten 1939 zweimal so viele Beschäftigte wie 1933 (5,4 Millionen Beschäftigte).** Kleinstbetriebe hatten 1938 Schwierigkeiten, ihren Arbeiterstamm zu halten und Kredite zu bekommen. Doch waren 1939 genauso viele Arbeiter in gewerblichen Betrieben mit weniger als 11 Beschäftigten tätig wie 1933 (3,7 Millionen).. Die Gruppe der Betriebe mit 11 bis 50 Beschäftigten erlebte in den dreißiger Jahren eine Blütezeit und steigerte die Gesamtzahl ihrer Beschäftigten von 1,28 auf 2,05 Millionen. **Im Mai 1939 war über ein Viertel aller Arbeiter in Kleinstbetrieben beschäftigt (weniger als 11 Beschäftigte);** in der Eisen- und Metallwarenherstellung wie auch in der Bekleidungsindustrie waren es mehr als ein Drittel. Die Zahl der anerkannten

Handwerksbetriebe ging langsam zurück, war aber immer noch so hoch wie vor der Weltwirtschaftskrise. Auch die Situation im Einzelhandel war ähnlich: kaum ein Rückgang der Geschäfte und Angestellten. **Aus dem Zahlenmaterial geht hervor, dass im Mai 1939 gut 30 % aller in regelmäßiger Beschäftigung stehenden Personen (einschließlich der Selbständigen) ihren Arbeitsplatz im Dienstleistungssektor, im Einzelhandel und in Kleinstbetrieben mit weniger als sechs Beschäftigten hatten.** Ihre Tätigkeiten waren allenfalls der Aufrüstung indirekt förderlich. Als Existenzbasis breiter Schichten hatten sich diese Wirtschaftseinheiten in den Krisenjahren vermehrt; 1939 waren sie der Rationalisierung und Rüstungskonjunktur noch nicht zum Opfer gefallen. Sie verdankten ihre Existenz dem zähen Unabhängigkeitsstreben ihrer Inhaber, aber auch der durch die Aufrüstung geschaffenen Konjunkturlage. Es bestand eine Nachfrage nach ihren Waren und Diensten. In der Situation von 1938/39 setzte diese Nachfrage der Steigerung der kriegswirtschaftlichen Produktion enge Schranken.

Dem wirtschaftlichen Aufschwung lag in den Jahren 1933 bis 1936 eine massive Ausnutzung der Weltwirtschaftskrise und ihrer Folgen für den Arbeitsmarkt und für die Lebenshaltung des werktätigen Volkes zugrunde. Der Aufrüstungsboom liquidierte dann diese günstige Ausgangsposition wieder und schuf einen zivilen Sektor, der Arbeitskräfte, Rohstoffe und Kaufkraft abzweigte, um bis Sommer 1938 deutliche Krisenerscheinungen zu verursachen. -

Der Rüstungssektor stand 1938 vor der immanenten Unerfüllbarkeit seiner Anforderungen an die volkswirtschaftlichen Reserven. Das lag sowohl an gestiegenen Anforderungen nach dem Anschluss Österreichs (Rüstungsausgaben 1937: 13 %, 1938 17 % des Bruttosozialprodukts) als auch daran, dass es keine brachliegenden Reserven (Arbeitslosen) mehr gab. **Der Rüstungssektor hatte den Punkt erreicht, wo die zusätzliche Expansion der Kapazitäten nur noch auf Kosten anderer Wirtschaftszweige erzielt werden konnte,** die selbst bis zu diesem Zeitpunkt von der Rüstungskonjunktur profitiert hatten. **Die Alternative war die territoriale (imperialistische und kapitalfaschistische) Expansion und damit die Lösung des Problems auf Kosten anderer Staaten und Völker.**

[Ein stark verkürzter und modifizierter Auszug, vgl.]

Vgl.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Von Timothy W. Mason. Westdeutscher Verlag 1977.

26.05.2014, Reinhold Schramm (Bereitstellung)